

Antrag an die Bundesdelegiertenkonferenz: Handlungsfähigkeit der Kommunen durch auskömmliche Finanzierung stärken

Antragsteller\*in: Tobias Rödel (KV Hagen)

Tagesordnungspunkt: 3. Abstimmung über die Stellung des BDK-Antrages „Handlungsfähigkeit der Kommunen durch auskömmliche Finanzierung und Altschuldenabbau stärken“ (Arbeitstitel) durch den Kreisverband Hagen

## Antragstext

1 Die KMV beschließt, folgenden Antrag für die nächste BDK zu stellen:

### 2 **Antragstext:**

3 Unsere Demokratie ist in Gefahr. In Thüringen ist die Partei eines Faschisten  
4 stärkste Kraft geworden und in der ganzen Bundesrepublik befindet sich die AfD  
5 im Höhenflug.

6 Der Frust über demokratische Parteien ist insbesondere dort hoch, wo es zu wenig  
7 Geld gibt. Dort wo vor Ort Schulen bröckeln, Straßen schon Jahre  
8 sanierungsbedürftig sind und politische Vorschläge am Geld scheitern – hier sind  
9 die Hochburgen der AfD und hier werden demokratische Stimmen immer leiser.

10 Um unsere Demokratie zu retten, brauchen wir handlungsfähige Kommunen.

11 Jede zweite Kommune sieht sich finanziell nicht in der Lage den Klimaschutz  
12 anzugehen. 15% der Kommunen können langfristig keinen ausgeglichenen Haushalt  
13 aufstellen, viele von Ihnen sind in der sogenannten Haushaltssicherung und  
14 können eigenständig überhaupt keine Investitionen tätigen. Selbst in  
15 Bundesländern wie Niedersachsen haben nur 10 von 400(!) Kommunen keine Schulden.  
16 Darüber hinaus belaufen sich die Investitionsrückstände auf 186,1 Milliarden  
17 Euro, allein um die kommunale Infrastruktur auf aktuellem Niveau zu halten. Kein  
18 Wunder, denn schon jahrelang investiert hier fast kein EU-Land so wenig wie  
19 Deutschland.

20 Für diese Lage ist auch die starre und unflexible Schuldenbremse verantwortlich,  
21 da die Kommunen die Schulden machen müssen, die Bund und Länder nicht aufnehmen  
22 dürfen. Gleichzeitig sind hohe Sozialausgaben eine wichtige Erklärung für  
23 Finanzschwäche. Denn dort, wo besonders viele Menschen für Leistungen berechtigt  
24 sind, sind häufig auch die Steuereinnahmen geringer. Hier geraten Kommunen in  
25 einen Teufelskreis, denn es fehlt das Geld, um in die Zukunft der Bewohner zu  
26 investieren.

27 Es muss etwas passieren, damit unsere Kommunen wieder allen Menschen ein gutes  
28 Leben ermöglichen und eine lohnende Zukunftsperspektive zeichnen zu können. So  
29 bekämpfen wir populistische Akteure und stärken die demokratischen Kräfte.

30 Die BDK fordert die Bundestagsfraktion und alle Grünen in  
31 Regierungsverantwortung dazu auf, Vorschläge zur Entlastung kommunaler Haushalte  
32 zu erarbeiten und sich parlamentarisch einzubringen mit dem Ziel, dass alle

33 Kommunen wieder finanziell handlungsfähig im Sinne der kommunalen  
34 Selbstverwaltung werden. Maßnahmenpakete dabei sind:

- 35 1. Sozialaufgaben und weitere an die Kommunen übertragene Aufgaben müssen  
36 vollständig und im Sinne des Konnexitätsprinzip von den Ländern und dem  
37 Bund übernommen werden. Aufgrund diverser Finanzierungslücken, die hier  
38 bereits vorliegen, müssen sich Länder und Bund stärker engagieren.  
39 Schnelle Entlastungen bei den Aufgaben des Sozialstaats, zum Beispiel den  
40 Kosten der Unterkunft, sind nötig.
- 41 2. Die Transparenz im Umgang mit öffentlichen Fördermitteln und Geldflüssen  
42 wird erhöht. Dazu wird die schon bestehende Förderdatenbank ausgebaut und  
43 die Förderungen an den tatsächlichen Bedürfnissen und der tatsächlichen  
44 finanziellen Leistungsfähigkeit ausgerichtet. Ebenfalls wird dies durch  
45 die Einrichtung eines Investitions- und Transformationsfonds umgesetzt,  
46 der Kommunalinvestitionen ausgiebig und insbesondere in strukturschwachen  
47 Gebieten fördert.
- 48 3. Die aktuell über Förderprogramme ausgeschütteten Gelder werden zukünftig  
49 vermehrt den Kommunen direkt zur Verfügung gestellt. Das spart Bürokratie  
50 und vereinfacht die zielgerechte Verwendung der Gelder. Insbesondere soll  
51 dies durch eine Stärkung der ungebundenen kommunalen Mittel erreicht  
52 werden. Dies wäre über eine nach Bedarf und nicht finanzieller  
53 Leistungsfähigkeit orientierte Verteilung des kommunalen Anteils an der  
54 Gewerbesteuer und den Gemeinschaftssteuern (z.B. Einkommenssteuer,  
55 Umsatzsteuer) umsetzbar.
- 56 4. Begleitend wird die Doppik auch für Bund und Länder eingeführt, um eine  
57 größere Transparenz hinsichtlich öffentlicher Vermögenswerte und Schulden  
58 zu erlangen. Die systemischen wie personellen Weichenstellungen sind  
59 vorzunehmen.
- 60 5. Hochverschuldete Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, wenn sie in  
61 die Zukunft investieren wollen. Es müssen deshalb langfristige Lösungen  
62 gefunden werden, damit die Lebensverhältnisse in den Kommunen sich nicht  
63 strukturell auseinanderentwickeln. Hochverschuldete Kommunen müssen in die  
64 Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen. Damit Kreditaufnahmen auch in  
65 Zukunft finanzierbar bleiben und Lasten verteilt werden, wäre eine  
66 Möglichkeit, sie bei der Finanzierung der Zinslast aus notwendigen  
67 Kassenkrediten zu unterstützen.

68 Allgemein bekräftigt und erneuert die BDK damit die Bestrebungen aus dem grünen  
69 Grundsatzprogramm, dem Bundestagswahlprogramm sowie dem Koalitionsvertrag der  
70 aktuellen Ampelkoalition zur Wiederherstellung und Wahrung der finanziellen  
71 Handlungsfähigkeit in den Kommunen.

## 72 Begründung:

73        In Zeiten wachsender populistischer Bestrebungen muss Kommunalpolitik als  
74        Gesicht der Demokratie vor Ort im Fokus aller Akteure stehen und von  
75        diesen größtmögliche Unterstützung erfahren.

76 Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Zusammenhalt der  
77 kommunalen Familie ist durch die Krisenbewältigungen der letzten Jahre aus dem  
78 Fokus geraten. Dabei haben die letzten Krisen und das Erstarken der  
79 antidemokratischen Kräfte bereits gezeigt, wie wichtig die Handlungsfähigkeit  
80 der Kommunen für unsere Gesellschaft ist.

81 Statt sich auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin zu bewegen, drohen die  
82 Kommunen in Deutschland weiter auseinanderzudriften und die Spaltung der  
83 kommunalen Familie schreitet voran. „Arme“ Städte und Gemeinden mit hohen  
84 Schuldenbergen und überdrehten Steuer- und Gebührenschrauben rutschen im  
85 Wettbewerb gegen „reiche“ Kommunen mit auskömmlichen Steuereinnahmen immer  
86 tiefer ins Abseits. Sie verlieren bereits jetzt Bürger\*innen, Fachkräfte und  
87 Unternehmen an Kommunen, die den finanziellen Spielraum besitzen, um das  
88 Gemeinwesen zukunftsfähig zu gestalten. Dabei nimmt die Anzahl der „reichen“,  
89 also wirklich eigenständigen Kommunen, stetig ab und deutlich mehr als die  
90 Hälfte der Kommunen gibt an, keine Zukunftsinvestitionen tätigen zu können.  
91 Faktisch profitiert fast jede Kommune von einem anderen Finanzierungssystem –  
92 und die Schwächsten zuerst.

93 Finanzschwächere Kommunen befinden sich auf verschiedene Weise in kaum  
94 aufzuhaltenden Abwärtsspiralen, die dringend gestoppt werden müssen. Ein paar  
95 Beispiele:

- 96 • Finanzschwache Kommunen werden durch den Investitionsstau zunehmend  
97 schwerer belastet. – Kommunale Infrastruktur droht zunehmend zu zerfallen:  
98 Beim ÖPNV wird gespart, Straßen und Plätze werden nicht instandgehalten,  
99 Schwimmbäder werden geschlossen und nicht saniert. Schulgebäude bleiben im  
100 20. Jahrhundert stehen, Bibliotheken werden eingespart und der Klimaschutz  
101 bleibt im Sparzwang stecken.
- 102 • Finanzschwache Kommunen sind bei der Verteilung von Landes- und  
103 Bundesmitteln oft benachteiligt. – Große Teile der Stadtentwicklung (und  
104 damit Verbesserungen der Lebensqualität vor Ort) geschehen aktuell durch  
105 Förderprogramme. Finanzschwache Kommunen haben aufgrund des  
106 Personalmangels (siehe oben) Schwierigkeiten damit, rechtzeitig oder sogar  
107 proaktiv qualitativ hochwertige Förderanträge zu schreiben. Außerdem  
108 können die Eigenmittel für Förderprogramme, die eigentlich notwendig  
109 wären, um aus der Misere herauszukommen, nicht immer aufgebracht werden.  
110 So geraten die schwächsten Kommunen gerade bei Zukunftsprojekten, wie  
111 Klimaschutz und Klimaanpassung ins Hintertreffen.
- 112 • Finanzschwache Kommunen versuchen kurzfristig alleine die Anforderungen zu  
113 erfüllen und büßen damit langfristig weitere Finanzmittel ein. –  
114 Finanzschwache Kommunen stabilisieren ihre kommunalen Haushalte in  
115 Ermangelung von Alternativen durch das Anheben von Gebühren und Steuern.  
116 Die Bürger\*innen werden dadurch stetig weiter belastet; weitere  
117 Einsparungen führen zudem zu einer Verschlechterung der Lebensqualität vor  
118 Ort. In der Folge wandern Unternehmen in andere Städte ab, wodurch sich  
119 die Finanzlage weiter zuspitzt.
- 120 • Finanzschwache Kommunen haben einen strukturellen Nachteil beim Anwerben  
121 von qualifizierten Verwaltungsmitarbeiter\*innen. – Das durch die ohnehin  
122 schon schlechte finanzielle Ausstattung erzeugte unattraktive

123 Arbeitsumfeld verstärkt den schon existierenden Fachkräftemangel noch  
124 einmal dramatisch. Dieser Personalmangel sorgt für ein allgemeines  
125 Abrutschen der Lebensverhältnisse und ein damit noch unattraktiveres  
126 Arbeitsumfeld.

127 • Finanzschwache Kommunen können die Aufgaben, die bei Ihnen liegen nicht  
128 ausreichend erfüllen. – Finanzschwache Kommunen haben Schwierigkeiten,  
129 Hilfsangebote (z.B. aufsuchende Sozialangebote, Hilfen zur Pflege,  
130 (inklusive) Jugendhilfe, Ganztagsbetreuung in Kita und Schule, o.ä.) in  
131 ausreichender Menge und Qualität zu finanzieren, womit die Menschen länger  
132 in den Sozialsystemen bleiben, als notwendig wäre.

133 Die Verletzung des Prinzips der auskömmlichen Finanzierung pflichtiger Aufgaben  
134 hat in der Vergangenheit die Folgen des Strukturwandels verstärkt und für große  
135 Unterschiede in der Lebensqualität und Attraktivität von Regionen gesorgt.  
136 Wirksamere Kontrollmechanismen und eine auskömmliche Finanzierung der  
137 pflichtigen Aufgaben in den Kommunen schon in der Gesetzgebung („Wer bestellt,  
138 bezahlt“) sind nötig.

139 Dabei halten wir die Finanzierung über Fördermittel des Bundes keineswegs immer  
140 für eine gute Alternative: Sie ist volkswirtschaftlich nicht zielführend, unter  
141 anderem, weil sie mit hohen Bürokratie- und Kontrollaufwänden verbunden ist.  
142 Eine unmittelbare kommunale Verwendung der Mittel würde hingegen die Demokratie  
143 vor Ort stärken. Es ist daher als erster Schritt wichtig, dass es weiterhin  
144 einen zielgerichteten Bürokratieabbau bei kommunalen Förderprogrammen – etwa  
145 durch einen ausdauernden Einsatz für schlanke Richtlinien, zentrale  
146 Förderplattformen und digitale Antrags- und Bewilligungsverfahren – gibt.

147 Es reicht nicht, unsere Kinder vor fiskalischen Schulden zu schützen, ihnen aber  
148 eine marode Demokratie und Infrastruktur aufzubürden – und eine unbewohnbare  
149 Welt. Das Gegenteil ist der Handlungsauftrag von Politik: Die Vision einer  
150 nachhaltig lebenswerten Welt im Heute mit einer langfristig auskömmlichen  
151 Finanzierung zu hinterlegen, um durch kluge Investitionen das Versprechen einer  
152 sozialökologischen Transformation Realität werden zu lassen.

153 Die Bekämpfung der Klimakrise, die Verteidigung der Demokratie und die  
154 Gestaltung der offenen Gesellschaft entscheidet sich vor Ort. Hier wird für  
155 Bürger\*innen sichtbar, welche Rolle die öffentliche Hand im eigenen Leben spielt  
156 und wie wir durch ein starkes Gemeinwesen vorankommen. Dafür muss es in allen  
157 Kommunen wieder vorwärts gehen!

## Begründung

Änderungsanträge sind nicht möglich, da dies ein breit vorabgestimmter Antrag ist.